

Jiří Pelikán: Die Wandlung eines tschechischen Kommunisten

Jiří Pelikán wohnte im römischen Exil direkt am Pantheon, dem Zeugnis antiker Baukunst, das zugleich bis heute an den Untergang des römischen Weltreichs erinnert. Der junge Zar Iwan der Schreckliche sagt in Sergej Eisensteins gleichnamigen Film: »Moskau ist das dritte Rom, und ein viertes wird es nicht geben!« Dieses dritte Rom hat das Leben des tschechischen Kommunisten Jiří Pelikán entscheidend geprägt. In seiner Jugend setzte er seine Hoffnung auf diese Bastion der Weltrevolution und sah in ihr den Garanten der sozialistischen Zukunft der Menschheit. Später gehörte Pelikán zu den tschechischen und slowakischen Reformkommunisten, die das in der ČSSR herrschende sowjetische Sozialismus-Modell verändern wollten. Sie wollten der Allmacht des kommunistischen Parteiapparates über Staat und Gesellschaft Grenzen setzen. Die militärische Intervention von fünf Armeen des Warschauer Pakts unterdrückte gewaltsam diese Selbstreform und zugleich das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und Slowaken. Nach dem 21. August 1968 bekämpfte Pelikán die Kommunistische Partei der Sowjetunion und trug damit aktiv zum Ende der Sowjetunion bei. Von der Wandlung dieses Kommunisten im Kontext der Zäsuren der Geschichte seines Landes handelt dieser Beitrag: Kommunist wurde er aus Protest gegen den Verrat der westlichen Demokratien an seinem Land 1938, seine Trennung von der KPTsch erfolgte im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht seiner Partei und seines Landes gegen Moskau nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen 1968.

I.

Ein Thema im wissenschaftlichen Werk von Hermann Weber ist die Wandlung des Kommunismus. Sie betraf die Partei und die Menschen, die ihr folgten. Webers Standardwerk behandelt die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik.¹ Er beschrieb präzise die politischen und personellen Brüche der KPD, die als Sektion der Kommunistischen Internationale erst »bolschewisiert« und dann »stalinisiert« wurde. Am Ende der ersten

1 Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde., Frankfurt am Main 1969; siehe auch ders./Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004; sowie Weber, Hermann: Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, S. 221–244.

Republik hatte sich in der KPD ein Generationswechsel vollzogen. Schon zehn Jahre nach ihrer Gründung waren die Angehörigen der Generation, die 1918 mit der Sozialdemokratie brach, nur noch vereinzelt in Führungspositionen zu finden. Viele von ihnen hatten die Partei verlassen oder waren ausgeschlossen worden. Bis 1953 waren die Linienwechsel in KPD und SED auch immer mit »Parteisäuberungen« verbunden, sie gehörten zum Ritual einer stalinistischen Partei. Erst mit der Entstalinisierung – der nächsten, grundlegenden Wandlung im Weltkommunismus – wurde diese Praxis in der SED eingeschränkt.

Hermann Weber konzentrierte sich vor allem auf die Geschichte des Kommunismus in Deutschland. Seine Arbeit kann aber auch zur Analyse der Entwicklung der KP(T)sch (Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei) beitragen, wie die 1968 von ihm publizierte Geschichte der DDR² zeigt, die vor der Niederschlagung des Prager Frühlings erschien. In ihr setzte er sich auch mit den Folgen der Entstalinisierung für den SED-Staat auseinander. Auf die Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU 1956 reagierte die SED-Spitze nicht mehr einheitlich. Hinter den Kulissen bahnte sich ein Machtkampf innerhalb ihrer Führung an. In der Partei nahmen die Stimmen zu, die die Ablösung von Walter Ulbricht als Erster Sekretär des ZK der SED forderten. In der zweiten Hälfte der 50er-Jahre war es damit in der DDR zu Entwicklungen gekommen, die sich in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre in der ČSSR wiederholten. Beide Male wurde die Forderung nach einer Reform der Partei und der Zentralverwaltungswirtschaft erhoben. In beiden Staaten wurden intellektuelle und künstlerische Freiheit, die Rehabilitierung der Opfer stalinistischer Repressionen und Rechtssicherheit eingefordert. In der DDR gewann Ulbricht 1956/57 den innerparteilichen Machtkampf und zerschlug nach der Niederlage der ungarischen Revolution auch die intellektuelle Opposition in der DDR. Anders entwickelte sich die Situation in der ČSSR der 60er-Jahre.

Webers Geschichte der DDR erschien im Vorfeld der Ostverträge der Bundesrepublik, als um die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik heftig gestritten wurde. Der Autor war für eine neue Ostpolitik und die Anerkennung des SED-Staates und begründete seine Position mit der Hoffnung auf die Wandlungsfähigkeit des Kommunismus. Er schrieb: »Wir sollten den Kommunismus erkennen als ein sich wandelndes Phänomen unserer Welt. Wir müssen einsehen, dass der Kommunismus von heute nicht mehr identisch ist mit dem der Stalin-Ära. Er ist sicherlich auch in Zukunft Wandlungen unterworfen. Auch im deutschen Kommunismus stehen sich zwei Welten gegenüber, personifiziert etwa durch den demokratischen Kommunisten Havemann und den stalinistischen Kommunisten Fröhlich.³ Gelingt es den Kräften, die den demokratischen Kommunismus wollen, sich durchzusetzen, werden die Probleme für den Westen zwar nicht einfacher, aber das Leben der Menschen im Osten wird leichter.«⁴ Weber konstatierte, dass die Kräfte eines reformerischen Kommunismus noch schwach waren, aber er hoffte, dass sie nach dem Stalinismus mehr Rücksicht nehmen würden auf die Wünsche der Bürger. Die Demokratisierung des

2 Weber, Hermann: Von der SBZ zur DDR 1945–1968, Hannover 1968.

3 Paul Fröhlich (1913–1970) war 1. Sekretär der Bezirksleitung Leipzig der SED von 1952 bis 1970, ab 1963 Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

4 Weber: Von der SBZ zur DDR (Anm. 2), S. 239.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Jiří Pelikán, 1961

Kommunismus, speziell in der DDR, hätte nach Weber Folgendes bedeutet: »Die Massen erhalten Selbstbestimmung, das Monopol der Einheitspartei wird gebrochen und den Staatsbürgern werden die vollen Grundrechte zugestanden.«⁵ All diese Probleme waren für Pelikán 1968 Gegenstand praktischer Politik. Sein Handeln war bestimmt vom Kampf mit den stalinistischen Kommunisten, den er und seinesgleichen am 21. August verloren.

II.

Jiří Pelikán wurde 1939 als 16-jähriger Schüler Kommunist. Er trat in eine illegale Partei im »Protektorat Böhmen und Mähren« ein. 1938 hatten Großbritannien und Frankreich in München ihren tschechoslowakischen Verbündeten Hitlers Eroberungspolitik ausgeliefert. Die Hoffnung vieler Tschechen richtete sich nach dieser Enttäuschung auf die Sowjetunion, diese schien aber mit Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes die Souveränität der Tschechen und Slowaken ebenfalls aufzugeben. Der Krieg des Deutschen Reiches gegen Polen schuf eine neue Konstellation. Pelikáns älterer Bruder erklärte ihm nun den »klugen Schachzug« Stalins, der die Sowjetunion durch den Pakt mit Hitler aus dem Krieg der Westmächte gegen Deutschland herausgehalten habe. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 beseitigte alle Zweifel, dass Moskau die Tschechoslowakei befreien würde.

5 Ebenda, S.240.

1940 wurde Jiří nach dem Verteilen von Flugblättern verhaftet, seit 1942 lebte er illegal. Seine Eltern wurden als Geiseln festgenommen, die Mutter starb in einem deutschen Lager. Auch sein Bruder wurde verhaftet, der ihn das Glaubensbekenntnis stalinistischer Kommunisten gelehrt hatte: »Die Partei ist Träger der kollektiven Vernunft, sie weiß mehr als irgendjemand sonst. Vergiss nicht, dass Intellektuelle sich gern von anderen abheben. Doch um ein guter Revolutionär zu sein, muss man diesen Wunsch, sich von anderen zu unterscheiden, aus seinem Herzen reißen. Höre also auf, dir mehr Fragen zu stellen als die anderen, und akzeptiere die Entscheidung der Partei.«⁶

Ab der Befreiung seines Landes von der deutschen Okkupation war Jiří Pelikán Parteifunktionär: In seiner Heimatstadt Olmütz baute er den Jugendverband der KPTsch auf, dann ging er zum Studium nach Prag und wurde dort Präsident des Nationalen Studentenbundes. Von 1948 bis 1951 war er zugleich Vorsitzender der KPTsch-Hochschulorganisation in Prag. In dieser Funktion war Pelikán aktiv an der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1948 beteiligt. Er war an der Karlsuniversität verantwortlich »für das, was in den Fakultäten vorging. Die Studenten hatten hier eine Art ›Sowjet‹ gegründet, ein Aktionskomitee, das über die Berufung und Abberufung der Professoren sowie über die Säuberung unter den Studenten entschied.«⁷ Zu dieser Zeit war Antonín Novotný Sekretär der KPTsch-Bezirksleitung von Prag und Pelikáns Vorgesetzter. 1948 wurde Pelikán der jüngste Abgeordnete in der Nationalversammlung, der er bis 1969 angehörte. 1953 wurde er Generalsekretär und 1955 Präsident des Internationalen Studentenbundes, diese Funktion übte er bis 1963 aus. Danach wurde er Generaldirektor des tschechoslowakischen Fernsehens und Mitglied der ideologischen Kommission beim ZK der KPTsch. Der Konflikt Stalins mit Jugoslawien, die darauf folgenden politischen Prozesse gegen führende Kommunisten in Ungarn und der Tschechoslowakei nach 1948 – am Schauprozess gegen den früheren Generalsekretär der KPTsch Rudolf Slánský in Prag 1952 nahm er als Zuschauer teil – und schließlich der XX. Parteitag der KPdSU 1956 waren Ereignisse, die bei Pelikán Fragen bezüglich der Parteigeschichte und Zweifel am Wahrheitsmonopol der kommunistischen Ideologie auslösten.

Nach der Verurteilung Stalins durch Nikita S. Chruschtschow stellte sich für die Kommunisten in der ČSSR die Frage der Rehabilitierung der vom eigenen Sicherheitsapparat verfolgten und getöteten Genossen. Damit stand die Partei vor einem moralisch-politischen Problem, das auch Pelikán betraf. Als seinerzeit die eigenen Genossen in die Parteisäuberungen gerieten, hatte sich keine Hand zu ihrer Verteidigung gerührt. Pelikán zählte als Nachwuchskader nicht allein zu den Zeugen des Terrors, der die KPTsch damals prägte, sein Aufstieg fand in seinem Schatten statt. In seinen Erinnerungen berichtet er, dass Antonín Novotný, 1951 zum ZK-Sekretär aufgestiegen, persönlich seine Teilnahme als Zuschauer im Slánský-Prozess organisierte.⁸ Pelikán erlebte die Demütigungen des früheren Gene-

6 Pelikán, Jiří: Ein Frühling, der nie zu Ende geht. Erinnerungen eines Prager Kommunisten, Frankfurt a. M. 1975, S. 82 f.

7 Ebenda, S. 76.

8 Siehe Hodos, George Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954, Berlin 2001, S. 182 ff.

ralsekretärs der KPTsch Rudolf Slánský und seiner Mitangeklagten durch den Generalstaatsanwalt mit.⁹ Die meisten Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Nach Stalins Tod 1953 begann in Prag quälend langsam die Überprüfung der Urteile der politischen Prozesse, und es kam zu ersten Rehabilitierungen. Die aus dem öffentlichen Leben Verschwundenen kehrten zurück. 1956 begegnete Pelikán Arthur London,¹⁰ einem der wenigen Überlebenden des Slánský-Prozesses. Auf Pelikáns Fragen verwies London zunächst auf das Schweigegebot, das er bei seiner Entlassung unterschreiben musste, um ihm dann schließlich doch noch zu antworten. In Pelikáns Erinnerungen steht darüber zu lesen, London habe ihm die »Technik der Prozesse« dargelegt, »das ganze Räderwerk«.¹¹ Wie sehr Pelikán von diesem Teil seiner Parteigeschichte umgetrieben war, zeigte sich im Exil nach 1969. Er publizierte die geheimen parteiinternen Untersuchungsberichte über die Prozesse gegen Funktionäre der KPTsch und deren selektive und halbherzige Rehabilitierung durch die Partei.¹²

III.

Um das gesellschaftliche und politische Gewicht der Rehabilitierungen und der Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts zu ermessen, muss man sein Ausmaß kennen: Es traf nach 1948 Widerstandskämpfer mit westlicher Orientierung, Geistliche und Gläubige, Bauern, die sich gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft wehrten, ebenso wie Mitglieder der kommunistischen Partei. »Insgesamt wurden über 200 000 Personen in Haft genommen, 190 Todesurteile gefällt und davon 148 vollzogen [...]. Mehr als 2 Millionen Menschen wurden in diesen Jahren in der Tschechoslowakei Opfer von Willkürakten.«¹³ Diese Repressionen konzentrierten sich auf wenige Jahre, Stalins Tod beendete sie auch in der ČSR. Ihre Schrecken gruben sich aber tief ins Bewusstsein der Bevölkerung ein.

Zu den ersten Debatten und Reformen 1968 gehörte die Rehabilitierung der Opfer politischer Willkürherrschaft. Sowohl die öffentliche Auseinandersetzung als auch die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen im Parlament unterschieden diesen Vorgang von der üblichen Praxis im sozialistischen Lager.¹⁴ Der DDR-Botschafter in Prag, Peter Florin, vermeldete am 10. März 1968 nach Berlin: »Unter dem Motto ›Kampf gegen den Konservatismus‹ und für eine uferlose ›Demokratie‹ wird offen die Absetzung des Präsidenten der Republik, des Ministers für Nationale Verteidigung, des Vorsitzenden der

9 Pelikán: Ein Frühling (Anm. 6), S. 108 ff.

10 Arthur London, Spanienkämpfer, Mitglied der französischen Résistance, wurde 1951 als stellvertretender Außenminister verhaftet und hat den Ablauf des Prozesses beschrieben: Ich gestehe. Der Prozess um Rudolf Slánský, Hamburg 1970.

11 Pelikán: Ein Frühling (Anm. 6), S. 156.

12 Siehe Pelikán, Jiří (Hrsg.): Das unterdrückte Dossier. Bericht der Kommission des ZK der KPC über politische Prozesse und ›Rehabilitierungen‹ in der Tschechoslowakei, Wien 1970 sowie ders. (Hrsg.): Pervertierte Justiz, Wien 1972.

13 Prieß, Lutz/Kural, Vaclav/Wilke, Manfred: Die SED und der »Prager Frühling« 1968, Berlin 1996, S. 27.

14 Siehe Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes, Bremen 1995, S. 25.

Gewerkschaften u. a. Genossen gefordert. Die Bevölkerung wird systematisch aufgewiegelt in Briefen an die Parteiführung (die alle veröffentlicht werden) und auf andere Art und Weise diesen Forderungen einen größeren Nachdruck zu verleihen. Dabei spielt die Forderung nach Rehabilitierung aller in der Vergangenheit abgelehnten Personen und die Bestrafung der Schuldigen für die Ablehnung eine wachsende Rolle [...]. Neu ist, dass in diesem Zusammenhang bereits Forderungen laut werden, an Stelle der gegenwärtig führenden Genossen rehabilitierte Personen einzusetzen«.¹⁵

Der Prager Frühling ging somit auch mit einer innerparteilichen Auseinandersetzung zwischen kommunistischen Opfern und stalinistischen Tätern einher. Auf dem Januar-Plenum des ZK der KPTsch 1968 wurde deren Erster Sekretär Novotný zum Rücktritt von seiner Parteifunktion gezwungen, weil er in die Verbrechen der fünfziger Jahre involviert gewesen war. Novotný blieb zunächst Staatspräsident. Sein Nachfolger an der KPTsch-Spitze wurde der Erste Sekretär der slowakischen KP, Alexander Dubček. Einer der entschiedensten Befürworter dieses Wechsels war der Präsident der Nationalversammlung Josef Smrkovský. Seine Rede war vom Gespür für die historische Stunde getragen. Für ihn stand die entscheidende Weichenstellung in seiner Partei an, der er seit 37 Jahren angehörte. Im Verlauf seiner Rede erinnerte er auch an fünf Tage im August 1954, die ihn selbst betrafen: »Das war mehr als ein Jahr nach dem Tode Stalins und der Verurteilung Berijas, wo ich nach 3 1/2 jähriger Untersuchungshaft darauf wartete, ob der Staatsanwalt vor Gericht die vorgeschlagene Todesstrafe für mich durchsetzen wird. Damals wurde bei uns noch hingerichtet.«¹⁶ Er forderte, der Personenkult an der Spitze der Partei müsse ebenso ein Ende haben wie die Praxis der selektiven Rehabilitierung. Welche Hoffnungen Kommunisten wie Smrkovský damals mit ihrer Politik verbanden, drückten sie in einem Versprechen aus: Sozialismus mit menschlichem Gesicht.

Der im April 1968 berufene Innenminister Josef Pavel zählte zu jenen Rehabilitierten, die nun Regierungsverantwortung im Reformprozess übernahmen. Pavel, Absolvent der Lenin-Schule in Moskau, Kommandeur der tschechoslowakischen Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg, 1947/48 Leiter der Sicherheitsabteilung beim ZK der KPTsch, war 1951 als stellvertretender Innenminister verhaftet und zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden, 1955 wurde er frei gelassen. Empört notierte eine Delegation des DDR-Innenministeriums nach einem Gespräch mit ihm im Juni 1968: »Er selbst sieht weder im westdeutschen Imperialismus noch in den antisozialistischen Kräften in der ČSSR, sondern in den eigenen Fehlern eine ernste Gefahr.«¹⁷ Nach der Besetzung des Landes wurde Pavel abgesetzt und 1970 aus der KPTsch ausgeschlossen.

15 Florin, Peter: Zur gegenwärtigen Situation in der ČSSR – 10. März 1968, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 303616, S. 2.

16 Rede des Genossen Josef Smrkovský auf der Plenarsitzung des ZK der KPTsch vom 3. bis 5. Januar 1968, in: SAPMO-BArch, DY 303616, S. 1. Die internationale Abteilung des ZK der SED legte diese deutsche Übersetzung Walter Ulbricht am 1. Februar vor und dieser entschied, sie an die Mitglieder des Politbüros zu verteilen.

17 Prieß/Kural/Wilke: Die SED und der »Prager Frühling« (Anm. 13), S. 150.

IV.

Auf Veranlassung von Dubček wurde am 4. März in der ČSSR die Zensur abgeschafft. Mit dieser folgenreichsten innenpolitischen Entscheidung erkannte die neue Parteiführung die bereits entstandene von der Partei unabhängige Öffentlichkeit an. Sie hob die Parteikontrolle über die Presse und die elektronischen Medien auf. Für Jan Pauer wandelte sich mit diesem Schritt die öffentliche Meinung zu einer kritischen Instanz, »der sich die politische Herrschaft fortan verantworten musste.«¹⁸ Dies sah DDR-Botschafter Florin in seinem Bericht ähnlich, als er den Verlust des Meinungsmonopols der KPTsch nach Berlin meldete und konstatierte: »Die Presse im allgemeinen, zumindest die zentrale Presse, der Fernsehfunk, der Rundfunk, [die Nachrichtenagentur] CTK und einer Reihe Zeitschriften befinden sich in den Händen der gegnerischen Kräfte.«¹⁹

In den Reformen des Prager Frühlings kulminierte eine Entwicklung, die nach dem Tod Stalins begonnen hatte, das »Tauwetter« in Kunst und Kultur. Die erste Periode wurde von oben gleichsam per Dekret in Form der Entstalinisierung verordnet. Auf kulturellem Gebiet geschah vieles, »was noch kurz zuvor undenkbar erschienen wäre. Nach und nach trat der Mensch auf, in der Literatur, im Theater, im Film, in der gesellschaftlichen Sphäre. Die Geschichte wurde nicht mehr mit Resolutionen geschrieben, die Philosophen konnten öffentlich und in den Universitäten über die herrschende Ideologie – allerdings nur in diesem Rahmen – diskutieren.«²⁰ Antonín J. Liehm, der zu den publizistischen Wegbereitern dieses Frühlings gehört, fasst die Ergebnisse des gesellschaftlichen Prozesses in der These zusammen, dass man in der ČSSR zehn Jahre gebraucht habe, um die »Ideologie, ihre Dogmen und Hüter«²¹ zu besiegen. Die Schriftsteller und Künstler handelten in diesem poststalinistischen Tauwetter auf eigene Verantwortung und nicht mehr im Auftrag der Partei. Die Werke, die in diesen sechziger Jahren im »sozialistischen Lager« entstanden, erstaunten damals die Welt und repräsentieren einen großen Moment europäischer Kulturgeschichte.

Es war diese – auch kulturelle – Freiheit, die der stalinistisch sozialisierte DDR-Botschafter Florin als Beginn der »Konterrevolution« wahrnahm. In seinem Weltbild konstruierte er ein gegnerisches Zentrum, das die »Konterrevolution« lenkte und zu deren Mitgliedern er auch Pelikán zählte: »Eindeutig wird sichtbar, dass die gegnerischen Kräfte zentral gesteuert werden. Wahrscheinlich besteht sowohl ein offenes Zentrum als auch ein illegales Zentrum. Zu den Persönlichkeiten des offenen Zentrums sind heute schon zu zählen Smrkovsky (Mitglied des ZK der KPTsch und Minister für Forstwirtschaft), Sik (Mitglied des ZK), Goldstücker (Prof. der Karlsuniversität und Vorsitzender des Schriftstellerverbandes), Pelikan (Direktor des staatlichen Fernsehens), Kohout (Schriftsteller) [...]. Bisher

18 Pauer: Der Einmarsch (Anm. 14), S. 25 f.

19 Florin: Zur gegenwärtigen Situation in der ČSSR (Anm. 15), S. 4.

20 Liehm, Antonín J.: Vom Tauwetter zu den sechziger Jahren, unveröffentlichtes Manuskript 2007, S. 2 f.

21 Ebenda, S. 3.

entwickelt sich die Lage so, wie am Vorabend des konterrevolutionären Putsches 1956 in Ungarn.«²²

Vor den Panzern kam das Wort »Konterrevolution«, aus dem der Einsatzbefehl erwuchs – Florin war einer der Schreibtischtäter, die es lieferten. Im April verabschiedete die KPTsch ihr Aktionsprogramm, in dem sie die Parteikonzeption veränderte. Ausdrücklich verurteilte sie die falsche These, »die Partei sei das Instrument der Diktatur des Proletariats«.²³ Damit niemand missverstand, was damit gemeint war, hieß es ausdrücklich: »Das Ziel der Partei ist nicht, zum universellen Verwalter der Gesellschaft zu werden, alle Organisationen und jeden Schritt im sozialen Leben an ihre Direktive zu binden.«²⁴ Für die SED gab damit die KPTsch ihren Charakter als marxistisch-leninistische Partei auf. Die bulgarische KP informierte die SED im April, dass im ZK der KPTsch und ihrem Präsidium ein »zweites Zentrum« existiert, das in der Tat die Lage in seinen Händen hat und lenkt«.²⁵ Der Terminus »zweites Zentrum« behauptet die Existenz einer Verschwörung in der Spitze der KPTsch, und er weckt Erinnerungen an den zweiten Moskauer Schauprozess von 1937. Die Bulgaren behaupteten, der Kern dieser Gruppe bestehe aus Juden, geleitet, so glaubten sie, werde sie von František Kriegel. Pelikán wurde ihr ebenso zugerechnet wie Smrkovský und Ota Šik, der Planer der Wirtschaftsreformen. Damit standen die Schuldigen an der Entwicklung in der ČSSR für die regierenden Parteien der fünf Warschauer-Pakt-Staaten bereits fest, deren Armeen im August einmarschierten.²⁶

V.

Die Entscheidung, mit Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR die »Konterrevolution« von außen zu stoppen, fiel im Grundsatz auf der gemeinsamen Tagung der Partei- und Staatsführungen der Sowjetunion, Bulgariens, Polens, Ungarns und der DDR am 14. Juli in Warschau. Breschnew erklärte, »das Land sei im Stadium der Konterrevolution und verlasse das sozialistische Lager«.²⁷ Bei allem, was folgte, setzten die »Warschauer Fünf« auf die – euphemistisch formuliert – »gesunden Kräfte« innerhalb der KPTsch-Führung, d. h. den konservativen Flügel der Partei unter Führung von Vasil Bil'ak, dem Nachfolger von Dubček als Erster Sekretär der slowakischen KP, der im Präsidium der KPTsch noch immer die Mehrheit hatte.

Am 17. August gab das Politbüro der KPdSU den Militärs grünes Licht für den Einmarsch. Einen Tag später versammelten sich die Parteiführungen aus Bulgarien, Ungarn, Polen und der DDR in Moskau, um diese Entscheidung zu beraten. Leonid I. Breschnew

22 Florin: Zur gegenwärtigen Situation in der ČSSR (Anm. 15), S. 5.

23 Zitiert nach: Hejzlar, Zdenek: Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Köln 1976, S. 194.

24 Ebenda.

25 Prieß/Kural/Wilke: Die SED und der »Prager Frühling« (Anm. 13), S. 113.

26 Zwei Divisionen der NVA wurden mobilisiert, aber nicht eingesetzt. Es war eine Moskauer Entscheidung, gegen die die SED-Spitze protestierte.

27 Prieß/Kural/Wilke: Die SED und der »Prager Frühling« (Anm. 13), S. 190.

informierte auf diesem geheimen Gipfeltreffen über den Ablauf der Operation. Sie hatte einen militärischen und einen politischen Teil, für dessen Gelingen die »gesunden Kräfte« in Prag verantwortlich waren.²⁸ Der Plan war einfach: Auf der Tagung des KPTsch-Präsidiums sollte sich die konservative Mehrheit am Abend des 20. August die sowjetische Kritik an der politischen Entwicklung in der ČSSR zu eigen machen, die angelaufene Intervention als »brüderliche Hilfe« zur Rettung des Sozialismus begrüßen und die Führung von Partei und Regierung übernehmen. Bereits am Nachmittag des 20. August setzte – wie es Jan Pauer schildert – die Phase der aktiven Vorbereitung der Intervention ein. Der stellvertretende Innenminister und Chef des Staatssicherheitsdienstes beauftragte Oberstleutnant Rypl, »eine Reihe profilierter Reformpolitiker (Pavel, Kriegel, Smrkovský, Šik, Císař,²⁹ Pelikán u. a.) in ›Schutzhaft‹ zu nehmen [...]. Die Verhaftungsformel lautete: ›Im Namen der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung‹.«³⁰ Mit dieser Formel wurden in den Morgenstunden des 21. August auch Dubček und Ministerpräsident Oldřich Černík festgenommen, ohne »auf die gleiche Feindstufe« wie die Radikalreformer gestellt zu werden. Dubček sollte als Kommunist behandelt werden, dessen Willensschwäche von »Feinden des Sozialismus« ausgenutzt wurde.³¹

Der Plan der Moskautreuen, die Parteiführung zu übernehmen, scheiterte. Statt den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes zu begrüßen, beschloss das Präsidium mit sieben gegen vier Stimmen einen von ZK-Sekretär Zdeněk Mlynář verfassten Aufruf, in dem die Intervention verurteilt wurde. Das Präsidium forderte die Bürger auf, den einmarschierenden Truppen keinen Widerstand zu leisten, da die Verteidigung der Grenze »unmöglich« sei. Die Intervention selbst stehe im Widerspruch »zu den grundsätzlichen Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten« und sei eine Verletzung »der Grundnormen des Völkerrechts«.³² Dieser Aufruf wurde vom tschechoslowakischen Rundfunk am 21. August um 1:00 Uhr ausgestrahlt. Den prosovjatischen Kräften war es nicht gelungen, Rundfunk und Fernsehen in ihre Gewalt zu bekommen. Pelikán berichtete: »Die Journalisten und besonders die Techniker im Rundfunk spielten in dieser Nacht eine entscheidende Rolle. Wenn es den Verrätern gelungen wäre, ihren ›Appell‹ auszustrahlen und somit den Anschein zu erwecken, als drücke er die Meinung der Parteiführung aus, hätte das unser Land und sogar das Ausland in große Verwirrung gestürzt.«³³ Der Rundfunk informierte das Land, dass seine Führer nach Moskau entführt wurden, und entwickelte sich zum Organisator des Widerstandes des ganzen Volkes gegen die Okkupation. Pelikán fragt zu Recht: »Welches Schicksal hätte Dubček und seine Genossen erwartet, wenn es

28 Siehe ebenda, S. 235 f.

29 Čestmír Císař war 1968 Sekretär des ZK der KPTsch und Präsident des Tschechischen Nationalrats.

30 Pauer: Der Einmarsch (Anm. 14), S. 235 f.

31 Siehe ebenda, S. 236.

32 Mitteilung des ZK der KPTsch: An das gesamte Volk der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, in: Marx, Werner / Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Das tschechische Schwarzbuch. Die Tage vom 20. – 27. August 1968, Stuttgart 1969, S. 16.

33 Pelikán: Ein Frühling (Anm. 6), S. 270.

den Sowjets gelungen wäre, in Prag eine ›Revolutionsregierung‹ unter Indra³⁴ einzusetzen? Wäre ihnen dasselbe Los zuteil geworden wie einem Imre Nagy oder Slánský?³⁵

VI.

Pelikán schreibt, Dubček hätte erst am 20. August, als die Truppen die Grenze überschritten hatten, begriffen, »dass die Sowjetunion dabei war, den Versuch einer Erneuerung des Sozialismus im Keim zu ersticken«.³⁶ Er protestierte »in großer Würde«, aber er brachte nicht den Mut auf, sich der sowjetischen Partei entgegenzustellen, »er beugte sich. Das zeigt, wie stark diese Unterwerfung unter die Sowjetunion in der Mentalität der Kommunisten verankert ist.«³⁷ Pelikán selbst war gewillt, diese Nabelschnur zu Moskau nun zu durchtrennen. Er tat dies auf dem XIV. Parteitag³⁸, dessen bereits gewählte Delegierte über den Rundfunk nach Prag einberufen worden waren und am 22. August im Arbeitervorort Vysocany zusammentraten. »So etwas hatte es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung noch niemals gegeben: Dass der Parteitag einer regierenden kommunistischen Partei in einem sozialistischen Land, der ordnungsgemäß nach dem Parteistatut einberufen worden war, im Untergrund tagen musste, weil die Panzer eines anderen sozialistischen Landes ihn daran hinderten, öffentlich zusammenzutreten.«³⁹

Vor den Delegierten umriss Pelikán die Aufgaben, die der Parteitag zu lösen hatte: »Ich glaube, wir sind verpflichtet, zwei Dinge zu tun. Erstens bekannt zu geben, dass der Parteitag zusammengetreten ist und dass er die legale Vertretung der Partei darstellt, und kurz zu dieser Situation Stellung zu nehmen. Zu Ruhe aufrufen, aber auch zu Entschlossenheit und Einheit. Und zweitens glaube ich, gerade in dieser Lage warten die Menschen darauf, wer ihr Sprecher ist. In dieser Zeit, da die Handlungsfähigkeit der Regierung paralyisiert ist und der Staatspräsident nicht handeln kann, da, so glaube ich, ist es nötig, dass dieser Parteitag ein Zentralkomitee wählt, das so zusammengesetzt ist, dass es maximal dem heutigen Denken der Mehrheit der Parteimitglieder oder der Delegierten entspricht.«⁴⁰ Die Wahl war entscheidend, um zu verhindern, dass »eine Schattenregierung oder ein Schatten-ZK«⁴¹ gebildet wurde, wie es in der sowjetischen Botschaft zeitgleich versucht wurde. Der Parteitag wählte ein neues ZK ohne Kollaborateure und bestätigte das Mandat von Dubček und den anderen internierten Parteiführern. Er forderte ihre Freilassung und »den

34 Alois Indra, Sekretär des ZK der KPTsch, gehörte zusammen mit Bilak und Drahmír Kolder zu den Organisatoren der pro-sowjetischen Kräfte im Präsidium, er stimmte wie die anderen gegen den Aufruf am 20. August 1968.

35 Pelikán: Ein Frühling (Anm. 6), S. 271.

36 Ebenda, S. 102.

37 Ebenda, S. 103.

38 Er sollte im September 1961 stattfinden.

39 Pelikán: Ein Frühling (Anm. 6), S. 275.

40 Pelikán, Jiří (Hrsg.): Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des XIV. Parteitags der KPTsch am 22. August 1968, Wien 1969, S. 47.

41 Ebenda, S. 47.

Abzug der fremden Truppen«. ⁴² Das neu gewählte ZK nahm seine Führungsaufgabe wahr und warnte Partei und Volk, »dass die Okkupanten nun versuchen würden, Verräter aus den Reihen einiger ehemaliger Funktionäre anzuwerben.« ⁴³

Der Generalstreik im Lande, dieser Parteitag, die internationale Reaktion und die völlige Isolierung der prosovjetschen Funktionäre zwang die sowjetische Führung, über den Ausweg aus der entstandenen Lage mit Dubček zu verhandeln. Die Internierten wurden in Moskau nun wieder als führende Funktionäre einer »Bruderpartei« behandelt. Die Moskauer Verhandlungen wurden am 26. August mit der Unterzeichnung eines 15 Punkte umfassenden Rahmenabkommens abgeschlossen. Allein František Kriegel verweigerte auf der tschechoslowakischen Seite seine Unterschrift. Punkt zwei betraf die Annullierung des XIV. Parteitags und Punkt sieben, der auf Verlangen des polnischen Parteichefs Władisław Gomułka eingeführt worden war, betraf den Schutz der prosovjetschen Fraktion: »Die Vertreter der KPTsch erklären, dass kein Parteifunktionär, der für eine Stärkung des Sozialismus gegen antisozialistische Kräfte und für freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR gekämpft habe, deswegen aus Funktionen entfernt oder gar Repressionen ausgesetzt werden darf«. ⁴⁴ Die Anwesenheit fremder Truppen wurde akzeptiert und die Massenmedien erneut der Kontrolle der Partei unterworfen. In der Sache war dieser Vertrag ein sowjetisches Diktat. Es war die Tragik von Dubček, dem Idol der Hoffnung auf einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht, dass er nun, darauf hoffend, das Schlimmste zu verhindern, begann, die Macht des Parteiapparates zu restaurieren. Die Restauration begann mit der Plenarsitzung des alten Zentralkomitees am 31. August, auf der die KPTsch das Moskauer Diktat umzusetzen begann, einschließlich der geforderten Kaderveränderungen. Pelikán und Hejzlar wurden sofort ihrer Funktionen enthoben, die Zensur wurde erneut eingeführt. Noch während der Sitzung des Zentralkomitees bekam Pelikán seine Kaderbeurteilung durch Breschnew mitgeteilt: »Breschnew ist wütend auf dich und auf den Direktor des Rundfunks, Hejzlar, auch auf den Genossen Pavel, den Innenminister und den Außenminister Hájek, der vor der UNO unsere Sache verteidigt hat. Ihr müsst also einen Monat Urlaub nehmen, dann werden wir weitersehen.« ⁴⁵ Auf Beschluss der Parteiführung sollte Pelikán Diplomat werden und als Botschaftsrat an die Botschaft in Rom gehen. In dieser Phase des Übergangs wollte er Dubček keine Schwierigkeiten bereiten und nahm an. Den Schmerz, sein Land auf lange Zeit verlassen zu müssen, hat er in seinen Erinnerungen festgehalten.

VII.

Am 17. April 1969 löste Gustáv Husák Dubček an der Spitze der Partei ab, am 20. August machte er die Verurteilung der sowjetischen Intervention durch die KPTsch rückgängig.

⁴² Ebenda, S. 102.

⁴³ Ebenda, S. 108.

⁴⁴ Pauer: Der Einmarsch (Anm. 14), S. 330.

⁴⁵ Pelikán: Ein Frühling (Anm. 6), S. 283.

Der Kurs der »Normalisierung« und der »Säuberung« der Partei, des Staatsapparates und der gesellschaftlichen Institutionen wie z. B. der Gewerkschaften von Anhängern des Prager Frühlings begann. Pelikán wurde nach Prag zurückbeordert, er entschied sich für das Exil. Am 1. Oktober 1969 publizierte er in der Londoner *Times* seine Erklärung, warum er nicht nach Prag zurückgekehrt war. Wenige Tage später wurde er vom Sekretariat des ZK der KPTsch aus der Partei ausgeschlossen. »Ein seltsames Zusammentreffen, denn das geschah am 30. Oktober 1969, also genau 30 Jahre nach meinem Eintritt in die KPTsch. Ich hatte nicht mehr dieselben Gefühle wie die Kommunisten der fünfziger Jahre, für die der Verlust des Parteiausweises dem Verlust ihrer Person und des Sinnes in ihrem Leben gleichkam. Denn ich spürte bereits, dass ich mich mit dieser deformierten Partei nicht mehr identifizieren konnte [...]. Mein Platz war außerhalb dieser Partei – bei den 500 000 ausgeschlossenen Kommunisten, – also in der sozialistischen Opposition, wo ich den ›Prager Frühling‹ gegen die immer ungeheuerlicher werdenden Verleumdungen verteidigen konnte.«⁴⁶ Im Februar 1970 wurde Pelikán die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen. Um die Freiheit seines Landes gegen die deutsche Okkupation zu verteidigen, war er Kommunist geworden, die sowjetische von 1968 zwang ihn zum Bruch.

46 Ebenda, S. 293 f.